

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesvorstand, BAG Bildung, BAG Energie, BAG Landwirtschaft, BAG Mobilität und Verkehr, BAG Planen Bauen Wohnen, BAG Tierschutz, BAG Wirtschaft und Finanzen, BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 03.10.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“^[1]

2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung des
3 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad“ zu
4 halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen, wie das natürliche
5 Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sollten voranschreiten und bis Mitte des
6 Jahrhunderts klimaneutral werden.

7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen auf der
8 Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen^[2] ist weltweit
9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf fossilen
10 Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Das heizt die
11 Atmosphäre immer weiter auf. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die vergangenen vier
12 Jahre waren weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits jetzt ist
13 die globale Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um etwa 1
14 Grad^[3] angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des
15 Meeresspiegels verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen Kipppunkte
16 erreicht, steuert die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu. Irreversible
17 Kipppunkte, wie das Abtauen der Permafrostböden, sind zum Teil schon jetzt erreicht – über
18 70 Jahre früher als wissenschaftlich angenommen. Landstriche werden überflutet, trocknen aus
19 und werden unbewohnbar. Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen
20 betroffen sind die Ärmsten der Armen. Im Globalen Süden sind viele Menschen aufgrund von
21 Dürren oder Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

22 Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Auf den Feldern, in den Wäldern. Mehr als
23 180.000 Hektar Waldfläche, was 250.000 Fußballfeldern entspricht, sind bereits durch die
24 Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich zu
25 reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, was das 1,5-Grad-Limit
26 endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird
27 Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß dem
28 Sachverständigenrat für Umweltfragen^[4] ergibt sich aus dem jüngsten Sonderbericht des UN-
29 Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein
30 verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO₂ ab 2020^[5]. Bei
31 fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger als neun Jahren
32 verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur

33 Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert
34 überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

35 Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je rascher
36 wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in die
37 klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr hingegen, in
38 dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der
39 Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die sich in
40 entschlossenem Handeln ausdrückt, und eine Fokussierung der Debatte auf die nächsten fünf
41 Jahre statt auf Langfristziele.

42 Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird entschieden,
43 ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den Ausbau
44 des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, ob öffentliche Mittel für
45 Infrastruktur auch für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu entscheiden,
46 wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima rauskommen. Die
47 EU
48 muss als eine Hauptverursacherin der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt! Europa hat
49 die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren Grenzen
50 demokratisch erreicht werden kann.

50 Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

51 Ohne Zweifel sind die Herausforderungen enorm. Wir sehen aber auch nie dagewesene
52 Chancen
53 für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Klimaschutz macht unsere Städte
54 grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht uns
55 unabhängig von russischem Gas und saudischem Öl. Klimaschutz eröffnet unseren
56 Unternehmen
57 neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

58 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns kein
59 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006 deutlich, dass
60 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei
61 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten einer
62 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf Prozent des
63 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und
64 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr ansteigen.

65 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
66 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte klimafreundliche
67 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren können
68 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen.

69 Wir müssen im Hier und Heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden das
70 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen
71 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.
72 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen. Deshalb ist eine aktive politische
73 Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale Absicherung und Balance.
74 Klimaschutz erfordert eine aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire

73 Rückerstattung der CO₂-Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich
74 gilt: Die notwendigen Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es
75 schaffen, gemeinsam die notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen
anzugehen, neue
76 Wege auszuhandeln und so die Menschen mit auf den Weg nehmen.

77 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite standen
78 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen sind. Auf
79 der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die nicht in der Lage war, mehr
80 als Trippelschritte zu liefern.

81 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
82 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein Angebot
83 an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über Gewerkschaften, progressive
84 Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden und allen, die sich noch
85 anschließen wollen. Gemeinsam, im Bündnis mit ihnen wollen wir die Wende in der Klimapolitik
86 schaffen und die Chancen des Klimaschutzes für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt nutzen.

87 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
88 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist dabei für
89 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen werden
90 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass auch
91 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch gesellschaftliche
92 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die wir heute
93 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen selbstverständlich in
den
94 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die daraus
ableiten,
95 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt die
96 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive Innovationen
97 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom alten
98 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt schnell
99 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

100 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen**

101 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen
102 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei
103 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz
104 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
105 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die
106 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim
107 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die
108 Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die
109 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

110 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 111 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 112 • eine „CO₂-Bremsen“, mit der jedes neue Gesetz auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft
- 113 werden soll („climate mainstreaming“), verbindlich in der Verfassung verankern. Damit
- 114 werden alle zukünftigen Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das
- 115 Klima zu überprüfen sein sowie Klimaschutz wird insgesamt besser einklagbar.

116 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen bildet:

- 117 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 118 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren mit
- 119 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 120 • dichte Kontrolle, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 121 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

122 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die zentrale Rolle
 123 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht
 124 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
 125 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein, dass er
 126 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige könnten
 127 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten der
 128 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-Preis,
 129 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen Vorteile der
 130 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der ordnende
 131 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

132 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln zu
 133 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste
 134 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist,
 135 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.
 136 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten entwickelt
 137 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits
 138 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir
 Klimaschutz

139 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und rechtlich
 140 verbindlich.

141 **2. Planungen beschleunigen**

142 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente
 143 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und Qualifizierung von
 144 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den Kommunen
 knapp
 145 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend erforderlich, hier
 146 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden Behörden das
 Planen

- 147 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle
 148 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.
- 149 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den Kommunen und
 150 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern.
 Ebenso
- 151 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und wir
 152 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
 153 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und
 Genehmigungsverfahren
- 154 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau bei
 155 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt für
 156 Neubauten heranzieht.
- 157 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle CO₂-
 158 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 159 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch, um sich
 160 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
 - 161 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und so die
 162 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von Konflikten
 163 ermöglicht wird,
 - 164 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
 165 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die Untersuchungsergebnisse des
 166 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden können; sich
 167 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt werden,
 - 168 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
 Genehmigungsverfahren
 169 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes übernommen
 170 werden,
 - 171 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
 Verfahren
 172 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
 173 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und vereinfacht
 174 werden, auf die dann die Vorhabenträger*innen zurückgreifen können,
 - 175 • wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim Artenschutz etwa
 176 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und für
 177 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
 Anrechnungsvereinfachungen,
 - 178 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
 179 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

180 **3. Ökonomische Anreize richtig setzen**

- 181 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die notwendigen
 182 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.
- 183 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
 184 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer
 185 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame,

186 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
 187 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
 188 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten der
 189 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen von 2016
 190 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben den
 191 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

192 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
 193 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen konterkariert. In
 194 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile Brennstoffe
 195 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund 110 Euro
 196 pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
 197 Folgendes einsetzen:

- 198 • Die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-Komponente
 199 reformieren. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren sollte aktuell bei 40 Euro liegen
 200 und 2021 auf 60 Euro steigen, um etwas zu bewirken. Der Preis muss danach weiter
 201 planbar ansteigen. Dafür schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor,
 202 das bis zu einer Einigung auf europäischer Ebene die Preissteigerung fortführt.
- 203 • Mit den Einnahmen senken wir die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige
 204 Minimum
 ab und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein.
- 205 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung dementsprechend bei der
 206 Neufassungen
 der Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung eintreten. Wir
 207 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
 208 eingeführt wird.
- 209 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
 210 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen europäischen
 211 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in Höhe
 von
 212 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss hier
 213 nachgesteuert werden.
- 214 • Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen
 215 Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen
 216 Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- 217 • Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz
 218 gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das
 219 nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier
 220 eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

221 **4. Umweltschädliche Subventionen abbauen**

222 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
 223 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche
 224 Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
 Milliarden

225 Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum
 226 Beispiel

- 227 • die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- 228 • dem immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder
- 229 • die Nichtbesteuerung von Kerosin.

230 **5. Klimafreundlich wirtschaften**

231 Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt und nicht wie
 232 heute strukturell erschwert. Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für
 233 nachhaltigen Wohlstand“ ausführlich unsere Vision für ein gesamthafes positiv
 234 transformiertes Wirtschaftssystem. Ausgewählte wesentliche Aspekte, die auch das Klima
 235 betreffen, sind:

- 236 • Unseren gesellschaftlichen Erfolg wollen wir nicht mehr nur mit dem
 237 Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnen, sondern darüber hinaus auch unseren Erfolg im
 238 Klimaschutz in die gesellschaftliche Wohlstandsmessung und -steuerung integrieren, wie
 239 etwa den absoluten CO₂-Ausstoß. So verändern wir die gesellschaftliche Wahrnehmung
 und
 240 Prioritätensetzung im Einklang mit den planetaren Grenzen im Sinne des neuen
 241 Wohlstandskonsenses.
- 242 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die Buchhaltungsregeln und
 243 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die nicht nur
 244 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst und
 245 steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen
 246 zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.
- 247 • In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr
 248 Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und Dematerialisierung
 249 entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr Energiehunger
 250 anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen, wirtschaftliches
 251 Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln.
- 252 • Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen Ebenen
 253 sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
- 254 • Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen die
 255 Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz des Klimas
 256 und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen müssen
 257 zum Vorbild anderer voranschreiten können.
- 258 • Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter,
 259 unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und
 260 Bürger*innenforen.
- 261 • Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch für
 262 Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense Ausbau der
 263 Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-Programm oder
 auch
 264 die intensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs
 265 bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

266 **6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele**

267 Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen wir die
268 nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

269 6a. Stromerzeugung erneuerbar

270 Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300 Millionen
271 Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur Einhaltung
272 der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der
273 erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes Klimaschutzes. Um
274 die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien nicht
275 mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich, sondern
276 auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig auf elektrischer Basis betrieben und
277 massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an erneuerbarem
278 Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für erneuerbare
279 Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es geht nun
280 also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen
281 Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent erneuerbaren
282 Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

283 Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns derzeit
284 aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das größte
285 Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen müssen. Die
286 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat nun endlich einen Plan zum
287 Kohleausstieg vorgelegt. Es ist nicht unser Plan, aber das Einzige, was wir derzeit in einem
288 gesellschaftlich vereinbarten Kompromiss haben. Gerade mit Blick auf das Enddatum, das nicht
289 Paris-kompatibel ist, gibt es Korrekturbedarf – deshalb haben die am Ergebnis beteiligten
290 Umweltverbände und Wissenschaftler*innen Revisionsklauseln verankert und ein Sondervotum
291 abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor deutlich
292 zu reduzieren. Das heißt viele Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um 2030 auch aus
293 der Kohle aussteigen zu können. Wir machen uns daher dafür stark:

- 294 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel
295 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abzuschalten,
- 296 • einen verbindlichen und möglichst entschädigungsfreien Abschaltplan für
297 Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022,
- 298 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien
299 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.

300 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
umgehend
301 und massiv voranbringen.

302 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien fast
zum
303 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen Erneuerbare-
304 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein Anti-
305 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
Hindernisse
306 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

307 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang bringen.
 308 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
 309 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden und
 310 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
 311 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar decken und
 auch

312 noch einen Teil der Sektorenkopplung. Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent
 313 Erneuerbaren kann nur gelingen, wenn wir sie endlich umfassend europäisch denken und
 314 zugleich die Potenzial der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.

315 Für die erneuerbaren Energien in den Bereichen Industrie, Wärme, Verkehr wollen wir
 316 Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union aus dem Sonnengürtel
 317 zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche Energiepartnerschaften müssen auf
 318 Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger*innen in der Region verhandelt werden. Die
 319 Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus welcher die Energie geliefert wird.

320 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu kleinteilig
 321 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von Erneuerbaren
 322 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente
 323 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und ambitioniertere
 324 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, klimafreundlicher
 325 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch
 326 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der
 327 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer der
 Raum

328 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der Bedarf am
 329 Ausbau.

330 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

- 331 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und Stromeinsparungen
 332 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel und
 333 Dienstleistungen,
- 334 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehaftung von zwei auf fünf
 335 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,
- 336 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich steigende
 337 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und sparsamere
 338 Rechnerleistungen.

339 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
 Maßnahmen:

- 340 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich gestrichen
 341 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
 342 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Der Europäische
 343 Gerichtshof hat entschieden, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keine Beihilfe

darstellt und deshalb nicht unter die Beschränkungen der Beihilferichtlinie der Europäischen Union fällt.

- Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms muss gesichert werden.
- Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der 2020er Jahre von 7-8 GW.
- Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und gesonderte Ausschreibungen.
- Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der Landesfläche und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen Windenergieanlagen errichtet werden können.
- Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden Gemeinden und damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen teilhaben.
- Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen durch Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den Ausbau von Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter Bestandsentwicklung die Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.
- Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2030 anzuheben. Dazu brauchen wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
- Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die Räume außerhalb der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
- Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen, für Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro Jahr.
- Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten.
- Ausbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie und Facharbeiter*innen in der Solarzellenproduktion.
- Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche Bürgschaften.

Flächen effizient nutzen. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir brauchen, benötigt

Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der Landesfläche. Hinzu kommen gut drei Prozent der Ackerfläche für Photovoltaik. Dafür können wir nicht für Lebensmittel genutzte Ackerfläche umwidmen: Potenzial bieten Ackerflächen in einer Größenordnung von ca. acht Prozent, die heute noch für Kraftstoffproduktion genutzt werden, zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung durch Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und Landwirte, die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind, fördern wir einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch die Verbindung von Agro-PV-Anlagen mit Permakultur können sogar höhere Erträge als heute erzielt werden.

384 Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- 385 • Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene
386 Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen zur
387 Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr zu
388 verstehenden steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich reduziert und
389 vereinfacht werden.
- 390 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im
391 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und Bürokratie
392 abbauen. Die Vermarktung und Verwendung auch über das Herstellungsgebäude hinaus
393 im
394 Quartier muss lohnend und einfach werden. Die Verpachtung von Dächern und die
395 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend werden, für
Erzeuger*innen und Nutzer*innen.
- 396 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, um die dezentrale
397 Ökostromversorgung zu erleichtern.
- 398 • Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen und Anliegergemeinden von Wind- und
399 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für
400 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und
401 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei der
402 Modernisierung von Altbauten.
- 403 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen
404 Windanlagen
und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 405 • Die Sektorkopplung voranbringen, den Strommarkt gemäß den europäischen Vorgaben
406 reformieren und die Digitalisierung der Stromversorgung vorantreiben.
- 407 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die Stromerzeugung
408 aus
409 Bioenergie zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass die
409 Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und dann Strom erzeugen, wenn wenig Wind- und
410 Solarenergie zur Verfügung steht, und sie möglichst weitgehend auf Rest- und
411 Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 412 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der Industrie
413 und kleineren und mittleren Unternehmen.
- 414 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in nationales
415 Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf Dach oder
416 Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an Nachbar*innen
417 verkaufen.
- 418 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit fossile
419 Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt werden
420 kann.

421 Parallel dazu setzen wir auf:

- 422 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer damit
- 423 verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 424 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der energiebezogenen
- 425 Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis 2030.
- 426 Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 427 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein Investitionsprogramm
- 428 „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
- 429 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
- 430 Gaskavernen und der Einsatz in Industrieprozessen.

431 6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden

- 432 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
- 433 Sanierungsrate
- 434 zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen bei Weitem
- 435 nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es hundert
- 436 Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudebereich zu schaffen – wir brauchen ihn aber
- 437 viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam
- 438 mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern, die in der Regel keine Bau- oder
- 439 Planungsexpert*innen sind, allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch hin zu ökologisch
- 440 modernen Gebäuden schaffen. Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen Sanierungskrediten
- 441 mit
- 442 wahlweise langen Laufzeiten unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der energetischen
- 443 Gebäudemodernisierung. Ein CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung
- 444 wirtschaftlicher als bisher. Damit alle Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der
- 445 Energiewende in Gebäuden mitmachen und partizipieren können, braucht es zusätzlich
- 446 passende
- 447 Regeln, Anreize und Informationen. Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als Anreiz für
- 448 energetische Sanierung. Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize
- 449 zur Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein.
- 450 Es
- 451 dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die nachweislich auf dem vom Pariser
- 452 Abkommen
- 453 vorgegebenen Minderungspfad liegen. Durch eine progressionsunabhängige Abschreibung
- 454 müssen
- 455 alle gleichermaßen davon profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-
- 456 Förderung ausgestaltet sein.
- 457 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den erneuerbaren
- 458 Energien.
- 459 Wir wollen
- 460 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht, weg von
 - 461 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer

Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus verschiedenen erneuerbaren Quellen gespeist werden können,

- dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen Energiebericht verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und nachgesteuert werden kann. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen Gebäudebestand zu kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine datenbasierte Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den einzelnen Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung der nötigen Investitionen sein,
- den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand deutlich anheben,
- den Passivhausstandard für alle Neubauten sowie Fassaden- oder Dachbegrünung sowie Plus-Energiegebäude fördern,
- eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige Sanierungsrate überhaupt zu ermöglichen.

Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für Eigentümer*innen. 16 der 19

Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon sind noch

vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht energetisch modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der Regel keine Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten Klimainformationen und

Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“: ein Förderprogramm für den Tausch der Ölheizung gegen eine moderne Heizung mit Sonnenwärme, Wärmepumpe oder Holz,
- dass Ölheizungen ab sofort und fossile Gasheizungen ab 2025 nicht mehr eingebaut werden,
- der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung,
- das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer Wärme werden kann,
- einen finanziellen Zuschuss für eine fachkundige Energie-Bauleitung: Die Energieberater*in wird dazu als Bauleiter*in zur Umsetzung einzelner Schritte des

- 493 Klima-Fahrplans für das Haus tätig. Sie beauftragt alle Handwerkerinnen und Handwerker
494 und prüft deren Arbeit.
- 495 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll wissen,
wie
496 es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem wollen wir
497 Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür wollen wir:
- 498 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/seine
499 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen
500 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
 - 501 • klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r leisten
502 kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
Wohnungen
503 wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch Haushalte mit
504 kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm „Gutes
Klima
505 im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
506 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei kommunalen
507 Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls in den Ländern und Kommunen. Im
- 508 Mietrecht senken wir die Modernisierungsumlage, d.h. die Mieterhöhung nach
509 Modernisierung, deutlich ab und kappen sie bei höchstens 1,50 Euro je Quadratmeter.
- 510 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die Bausteine
der
511 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere,
Stadt
512 und Land. Dazu gehören:
- 513 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
514 Modernisierung und saubere Wärmenetze – um Heizen ohne Klimaschaden zu
ermöglichen,
 - 515 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die Quartierssanierung
516 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel und Dörfer
und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor Ort,
 - 517 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre Wohnung
518 klimafreundlich modernisieren wollen,
 - 520 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
521 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
Bundesverwaltung;
522 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
 - 523 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service und
524 Klima-Check.

525 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.
 526 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere
 527 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- 528 • Förderprogramme für die Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe,
- 529 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz, das an
 530 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
- 531 • Niedrigenergiehäuser als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei Neubauten, und
 532 bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung bestehender Altbauten soll das KfW-
 533 Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein,
- 534 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
 535 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.

536 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der Wärmeversorgung
 erfolgt
 537 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der leitungsgebundenen
 Wärme
 538 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von
 539 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von gewerblicher und industrieller Abwärme.

540 Wir wollen:

- 541 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden Förderprogramme
 erhöhen,
- 542 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher auflegen,
 543 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens einen
 großen
 544 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
 545 Stromversorgungssystem erhöht wird,
- 546 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
- 547 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und gewerblicher
 548 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und
 Fernwärmeversorgung
 549 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren.

550 6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr

551 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von einem
 552 Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit
 553 entfernt. Die Emissionen sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle Klimaziele im
 554 Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von Deutschland
 555 ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Allein
 556 die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden Euro.

557 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern und
 558 klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur
 559 ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und
 560 Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende Verkehrswende auf

den

561 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig auf
562 immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.

563 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von Verkehrsangeboten,
mit

564 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des Verkehrs
565 vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele im
566 Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag im Stau
567 stehen oder in Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und
568 Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern.

569 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

570 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der
Verkehrspolitik.**

571 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher, ökologischer
572 und technischer Maßnahmen heißt:

- 573 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan für
574 Mobilität neu aufzustellen,
- 575 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die
576 Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum Beispiel
577 autofreie Innenstädte innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit
578 benachbarten Kommunen gestalten, Fahrradstraßen und Fußwegenetze oder auch
579 Tempolimits einführen,
- 580 • den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den Kauf von
581 Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung öffentlicher
582 Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

583 **Die Bahn flott machen.** In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den Straßenbau
584 investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde. Jetzt ist die
585 Schiene dran! Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf Straße“
586 auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau fließen.
587 Mauteinnahmen müssen auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine neuen
588 Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend erschlossen
589 ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind. Die Bahn
590 ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz
591 elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche
592 Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- 593 • Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende
594 Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen,
595 Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen ausbauen.
- 596 • Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr 2030
597 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden Strecken

- 598 sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative
599 Antriebe umgestellt.
- 600 • Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt,
601 Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- 602 • Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen zu
603 verdoppeln.
- 604 • Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des Schienenverkehrs
605 sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- 606 • Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur
607 Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit
608 einhergehend Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.
- 609 • Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte
610 Schienenstrecken inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige Trassen
611 wieder zu ertüchtigen.
- 612 **Den öffentlichen Personenverkehr stärken.** Damit alle bezahlbar, verlässlich und
613 klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser ausgebaut
und
614 die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:
- 615 • ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien zugunsten
616 des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- 617 • die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs,
618 um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- 619 • einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen, Share-
620 Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- 621 • eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte Förderung
622 strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und
623 verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- 624 • die Förderung von bundesweit zehn Kommunen im Rahmen von Modellprojekten , die auf
625 einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen, indem wir die
626 rechtlichen Hürden für Kommunen abbauen,
- 627 • das Nutzen der Digitalisierung, um weitere Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen
628 im ÖPNV zu erreichen,
- 629 • ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den Städten
630 zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse, Straßenbahnen),
- 631 • die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund auch im
632 Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzepts in
Zusammenarbeit
633 mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur mit allen
634 notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.
- 635 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Schwer zu glauben, aber wahr: Einen großen Teil ihrer
636 täglichen Wege legen die Menschen zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Und vier von zehn
637 Autofahrten in der Stadt sind unter fünf Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad

638 oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber
639 meist nur so viel Platz zugestanden, dass der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen
640 kann. Höchste Zeit, dass diese klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr
641 behindert, sondern gefördert und sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 642 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in
643 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des Parkraummanagements durch
644 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 645 • Modellprojekte für autofreie Innenstädte und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 646 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
Fußverkehr,
- 647 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher Kommunen
648 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 649 • eine Rad- und fußverkehrsfriendliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts, um
650 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und deutlich
651 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
652 verkehrsgefährdendes
und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 653 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr
654 umzusetzen.

655 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
656 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und zum
657 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 658 • die Einführung eines allgemeinen Sicherheitstempo von 130 km/h auf Autobahnen,
- 659 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen, indem Kommunen ermöglicht
660 wird, leichter darüber zu entscheiden,
- 661 • ein automatisiertes Verlangsamen vor besonderen Gefahrenzonen wie
Kreuzungsbereichen,
662 Schulen oder Krankenhäusern,
- 663 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

664 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut funktionierendem
665 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielen –
666 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die richtigen
667 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft klimafreundlicher
668 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche
669 Nutzungskonzepte gibt:

- 670 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.
- 671 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in der
672 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und CO₂-intensive
673 Fahrzeuge teurer macht, sowie durch Quoten für E-Autos. Diese Quoten sollen ab 2021

- 674 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er Jahre drastisch weniger Autos
675 mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
- 676 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen
677 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
- 678 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
679 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
680 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Ladestellen mit unkomplizierter
- 681 Handhabung und Abrechnung sowie mit transparenten Preisen, genauso wie den Abbau
682 bürokratischer Hürden für Ladestellen in Wohnhäusern.
- 683 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie steuerliche
684 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasarmer Autos statt die
685 Subventionierung schwerer Dienstwagen.
- 686 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs beenden.** Wir
wollen nahezu
- 687 alle innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und
688 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Dazu muss massiv in die
689 Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich die Subventionierung des
690 Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr klimafreundlicher gemacht
691 werden. Wir wollen:
- 692 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 693 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der Steuern
694 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben
695 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
696 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 697 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 698 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern entsprechend des
699 wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 700 • die Start- und Landegeühren für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche und
701 laute Flieger erhöhen,
- 702 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
703 international vorantreiben,
- 704 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und Kraftstoffen
705 fördern,
- 706 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den Europäischen
707 Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 708 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

709 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig
 710 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das wollen
 711 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 712 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie Ausdehnung der
 713 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 714 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
 715 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 716 • den Güterverkehr reduzieren durch regionale Wirtschaftskreisläufe und Verlagerung des
 717 Restverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger,
- 718 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
 719 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
 720 Markteinführungsförderung,
- 721 • es mehr Pilotprojekte für oberleitungsgebundene E-Lkw geben. So wollen wir
 722 klimafreundliche Alternativen im Güterverkehr stärken.

723 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 724 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in eine
 725 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und die
 726 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 727 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 728 • die Kreuzschifffahrt Auflagen und Bedingungen unterwerfen,
- 729 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig marode
 730 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
 731 langfristig sichern,
- 732 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
 aufbauen,
- 733 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen, um
 734 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 735 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 736 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global, in
 737 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
 738 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

739 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 740 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
 741 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe und
 742 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland hat die
 743 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die Forschung
 744 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 745 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von Verkehrs- und
 746 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind hier
 747 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

748 6d. Zukunftsfähige Industriepolitik

749 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als bisher.
750 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
751 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der Einsatz
752 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben und die für eine
753 ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten Innovationen auszulösen. Gleichzeitig
754 birgt gerade der immense Energiehunger der digitalen Transformation das Risiko, zum
755 Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden. Deshalb braucht es verbindliche
756 Energiestandards für Datenzentren, zum Beispiel über einen Top-Runner-Ansatz.

757 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
758 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:

- 759 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des Emissionshandels,
760 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
761 Forschungsförderung,
- 762 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen: Verlängerung der
763 entsprechenden Regelungen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz,
- 764 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der
765 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und Grenzausgleichsmaßnahmen
766 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen Wettbewerb
767 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig soll
768 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie Technologien
769 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 770 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
771 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
772 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
773 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen
774 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz
775 zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, die
776 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen („Carbon
777 Contract for Difference“),
- 778 • Klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen Beschaffung
779 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien; Einsatz
780 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
- 781 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen planungssicherer
782 zu gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen wir die
783 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
784 ansteigende Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch Windrädern
785 und Gebäuden festzulegen,
- 786 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die Bekämpfung der
787 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
788 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und

Entwicklungsförderung, die wir sozial-ökologisch ausrichten möchten, die Hightech-Strategie, die KI-Strategie oder die neue Agentur für Sprunginnovationen,

- Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern, zum Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten (z.B. Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
- die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch eine verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die Hälfte reduziert werden,
- klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis 2030, durch Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-Richtlinie, durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von Plastik in die Kunststoffproduktion.

6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen

Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der Klimakrise – und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden, sondern es zu einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder weiche!“, produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzukurbeln. Immer mehr Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung kommen.

Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine Strategieänderung brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern und Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähigere Kulturen und Sorten angebaut werden, um den Extremsommern – die in der Zukunft Normalität sein könnten – besser trotzen zu können.

Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor allem der übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Heute wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die Produktion und der Konsum von Fleisch müssen sinken, Dumpingpreise der Vergangenheit angehören.

Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

- Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur

noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft. Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden und sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine klimagerechtere Landwirtschaft voranzubringen.

- Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche: Dafür wollen wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den Ökolandbau investieren.
- Umbau der industriellen Tierhaltung in tiergerechte Haltung: Die Landwirtschaft soll ihre Tierhaltung art- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei reduziert werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und maximal bei zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Im Gegenzug soll es eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und Lachgas-Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen Fleischkonsum und -export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
- Auflegen eines Brachflächenprogramms als Kurzfristmaßnahme: Landwirtinnen und Landwirte, die ihren tierhaltenden Betrieb aufgeben wollen, sollen diesen an einen staatlichen Fonds verkaufen können, der die Flächen in eine extensive Nutzung oder Brache überführt.
- Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw. von Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche Regelungen im Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.
- Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission für Klima-, Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete neben einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die ausgebracht werden darf, deutlich begrenzen. Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt, soll ab 2022 eine Stickstoffabgabe erhoben werden.
- Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum und ist gut für Böden und Humus.
- Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des Fleischkonsums aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und veganer Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen.
- Entwickeln von Alternativen zu Fleisch: Fleischersatz aus pflanzlichen Zutaten sowie künstlich hergestelltes Fleisch werden zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Erforschung solcher Alternativen halten wir für richtig und wichtig, denn sie eröffnen eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid, Nitrat und mit deutlich geringerer Klimabelastung herzustellen. Auch wenn sie noch nicht marktfähig sind, unterstützen wir sie. Dies ist zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren und die Landwirtschaft zu extensiveren. Er sollte weiter gegangen werden.
- Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren, setzen wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt, auf dem

Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt wird.

- Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die Lebensmittelverschwendung halbiert werden – das ist eins der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder EU-Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar nicht erst die Supermarktregele erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelspenden erleichtern und Containern straffrei machen.

Wälder schützen...

Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen, gesunden Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes auch dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den Fehlern der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen, brauchen wir jetzt naturnahe Laubmischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den Dürresommer 2018

und die Hitzeperioden dieses Jahres droht jetzt ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik muss daher auf allen Ebenen umsteuern:

- Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder und ökologische Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern; alte Wälder dauerhaft schützen und mit einem Moratorium den Einschlag alter Bäume stoppen,
- Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- Wiederbewaldung mit standortheimischen Baumarten auf zerstörten Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern,
- fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Urwaldflächen bundesweit festschreiben, in öffentlichen Wäldern bereits heute zehn Prozent Urwaldfläche verbindlich machen,
- Holzverbrauch senken: Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle steht. Erst ganz am Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und Papierprodukte entstehen oder Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von landbasierter Biomasse für energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die direkte Verbrennung von Frisch-Holz muss zurückgehen,
- Kohlenstoffsenke des Waldes durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit einer Reduktion des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit natürlicher Waldentwicklung erhalten, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise zu ermöglichen,
- die Nutzung von landbasierter Biomasse für energetische Zwecke nicht weiter ausbauen, die direkte Verbrennung von Frisch-Holz verringern, stattdessen durch Kaskadennutzung aus weniger Holz mehr machen.

920 **...und Moore auch.**

921 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte Moorböden,
 922 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands ausmachen,
 923 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.

Moorschutz

924 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
 925 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.

- 926 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
 927 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten wir ein
 928 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund und
 Ländern und
 929 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von Agrarsubventionen für die
 930 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
- 931 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
- 932 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung bis 2030 gestoppt werden.
- 933 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
 934 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen. Dazu
 935 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
- 936 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
 937 Alternativen ersetzen.

938 6f. Green Finance

939 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten Strategie
 940 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
 941 finanziert:

- 942 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen – müssen
 Risiken,
 943 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent berücksichtigen. So
 944 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von Paris
 945 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft werden. Das
 946 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
 947 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig offengelegt
 948 werden.
- 949 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung
 950 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel
 951 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge bei
 952 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen.
- 953 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld mit gutem
 954 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige Finanzprodukte mit
 955 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
 956 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können Anleger*innen
 957 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch

werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.

- Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Als Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren Klimaschutzzielen konform sind.
- Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien, denn die Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas machen, beenden (Divestment).

7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme, wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum Beispiel zum Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter fortgeschritten ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu begrenzen, erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche Begleitung sowie eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE).

Die Pariser Klimaziele sowie wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen, bedeutet auch negative Emissionen – also das Rückholen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre – bis Ende des Jahrhunderts in erheblichem Umfang zu erreichen. Das kann zumindest teilweise gelingen, indem CO₂ in Wäldern oder Böden dauerhaft gebunden wird. Wir wollen deshalb Forschung und Erprobung von Technologien für negative Emissionen unterstützen.

Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon, genau hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon bei der Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß menschlicher Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen. Das gilt auch für technische Maßnahmen des „Geoengineerings“, mit denen in die biogeochemischen Prozesse der Erde eingegriffen werden soll, etwa indem Meere gedüngt oder Schwefelaerosole in der Stratosphäre ausgebracht werden, um die Wolken aufzuhellen und die Sonneneinstrahlung zu reflektieren. Dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Politik entspricht das nicht. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der Umkehrbarkeit messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die Freiheit. Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

- Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen Ebenen besser verankert werden. Ausgehend von der zeitlich bedingten Notwendigkeit, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung im gesamten Bildungs- und Wissenschaftssystem maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen, Inhalte und Ziele bestimmen.
- Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht es unter anderem Klima-, Energie- und Akzeptanzforschung, Forschung zur Zukunft der Arbeit und

- 1002 (Agrar-)Wirtschaft, Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“ und Innovationen in der
1003 Klimafolgenanpassung.
- 1004 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist es für
1005 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von Verwertungsinteressen
1006 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1007 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog verloren
1008 gehen.
- 1009 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen und trans-
1010 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit der
1011 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, Forschung mit Anwohner*innen
1012 sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1013 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon immer
1014 einen Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1015 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum, Gebäude
1016 und Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1017 **8. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1018 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen mehr als
1019 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar, dass
1020 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als Gesellschaft
1021 gemeinsam und fair miteinander gestalten. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann
1022 nur gelingen, wenn sie ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist
1023 auch immer eine soziale Frage.

1024 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung profitieren:

- 1025 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir ein Energiegeld von zunächst
1026 100 Euro, das jede Bürgerin und jeder Bürger erhält. Da Menschen mit niedrigem Einkommen
1027 in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon.
- 1028 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in teureren
1029 Preissegmenten.
- 1030 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren verhindern, von
1031 denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
1032 Lebenslagen betroffen sind.
- 1033 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für Mieterinnen
1034 und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1035 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
1036 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn
1037 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine bessere
1038 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1039 • Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Dabei
1040 wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und Qualifizierung sind dabei
1041 entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen, die Beratung vor Ort
1042 verbessern und vernetzen, eine sozial gerechte Weiterbildungsförderung schaffen, die

1043 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und besonders
1044 betroffene Branchen zielgenau unterstützen.

1045 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines klimaschutzbedingten
1046 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir ein
1047 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die
1048 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1049 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1050 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern erstellter
1051 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1052 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten erworben
1053 werden müssen.

1054 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es gezielte
1055 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen die
1056 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.

1057 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1058 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1059 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der
1060 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten
1061 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich müssen die
1062 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
1063 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt unverzüglich
1064 eingeleitet werden.

1065 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden, wenn
1066 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen wollen wir
1067 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegeld einführen, welches den Beschäftigten
1068 60 Prozent ihres Nettoehaltes garantiert.

1069 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Über Sozialtickets und
1070 unseren Mobilpass sorgen wir dafür, dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für Menschen mit
1071 niedrigen Einkommen bezahlbar sind.

1072 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen und
1073 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
1074 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem
1075 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen werden.
1076 Menschen,
1077 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
werden.

1078 **9. Anpassung an das Unvermeidbare**

1079 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel Grad
1080 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise in den
1081 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne CO₂ an.
1082 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter 2 Grad, selbst bei
1083 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine Anpassung daran
1084 ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die
1085 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen.

1086 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des Unvermeidbaren
1087 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander
1088 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger gegen die
1089 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung der

1090 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler Klimafolgenanpassungsfonds
1091 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise
1092 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1093 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute liegen
1094 die
1095 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise zehn
1096 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
1097 arbeiten
1098 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
1099 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr Bäume,
1100 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie wirken
1101 wie Klimaanlage. Mit finanziellen Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und
1102 Fassadenbegrünung, Schattenflächen, Häuserdämmung sowie Kühlung durch
1103 Kältespeicher
1104 und erneuerbar betriebene Wärmepumpen in den Wohnungen, aber auch hellere
1105 Fassaden und
1106 hellerer Straßenbelag gefördert werden. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen,
1107 die Luft und das Klima.
- 1108 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in
1109 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von Hochwasser
1110 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder sind kaum
1111 finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist ein
1112 zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen aufzulegen
1113 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten erstellt
1114 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Ausweisungen von
1115 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten wollen wir einschränken.
- 1116 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist
1117 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen deutlich
1118 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen. Das
1119 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer um den
1120 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen Folgeprobleme
1121 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in den
1122 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für Warnsysteme,
1123 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-
1124 Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine
1125 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung bei
1126 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite Beratungstelefonnummer
1127 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden abgerufen
1128 werden
1129 können.
- 1130 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen wir die
1131 Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.
- 1132 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Pflanzen
1133 intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise meistern
1134 können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen bekämpfen
1135 nur
1136 die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf dem
1137 Acker
1138 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und
1139 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als

- 1133 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich stärker
1134 gefördert werden.
- 1135 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten Jahren mit
1136 Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und geschützt ist
1137 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den
Humuserhalt
1138 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland sowie die
1139 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen, weite
1140 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
- 1141 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht nur
1142 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt zu
1143 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
geschädigter
1144 und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
- 1145 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme unabdingbar für
1146 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand pro Festmeter im
Wald
1147 festschreiben und ihn durch Begrünung städtischer Umgebungen steigern. Bei der
1148 Aufforstung wollen wir zum Vorreiter werden. Dazu setzen wir im Rahmen eines
1149 Waldaufforstungsprogramm auf gesunde Mischwälder und klimarobuste Arten.
- 1150 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Für den Fall großer Waldbrände braucht es
1151 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und eine gute
1152 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen. Doch genauso wichtig wie eine
1153 Waldbrandstrategie ist Waldbrand-Prävention: Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie
1154 Schutzstreifen und Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder
1155 insbesondere nach Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen
1156 Mischwäldern. Diese sind weniger brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die
1157 Artenvielfalt.
- 1158 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche bauen. Mit
1159 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden Jahrhunderthochwasser ist
1160 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig. Dazu
1161 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von Auen
1162 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die aufgrund ihrer
1163 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1164 **10. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1165 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen Anstrengungen
1166 konzentriert, so ist doch völlig klar: Klimaschutz kennt keine Grenzen und muss europäisch
1167 und global gedacht werden.

1168 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht
1169 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders
1170 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
1171 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit Schwellen- und
1172 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die klimapolitische
1173 Zusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und
1174 Schwellenländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und
1175 koordinierte Hilfe der Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch
1176 Klimarisikoplanungen und ein Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler Ebene müssen

1177 die Umsetzung der Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit,

1178 befördern und die Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die notwendige
 1179 Umsiedlung in Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Klimakrise
 1180 verlassen, brauchen internationalen Schutz.

- 1181 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das Pariser
 1182 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von den
 1183 Staaten
 1184 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
 Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert.
- 1185 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
 1186 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“) der
 1187 nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die Klimaziele
 1188 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der Überprüfungsprozess am
 1189 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter 2
 1190 Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit orientieren.
 1191 Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die Umsetzung und
 1192 Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich ausbauen.
- 1193 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100
 1194 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu
 1195 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa 10 Milliarden Dollar.
 1196 Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir werden uns
 1197 daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich 10 Milliarden
 1198 Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung bereitstellt, mit
 1199 denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können. Zusätzlich soll
 1200 Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen
 1201 Entwicklungsziele zu erreichen.
- 1202 • Die ambitionierte Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte
 1203 2020 ein ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme an den
 1204 Zielen des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Das heißt zu Beispiel, dass
 1205 klimaschädliche Subventionen abgebaut und alle klimabedingten Geschäftsrisiken
 1206 konsequent offengelegt werden.
- 1207 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
 1208 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent erneuerbaren
 1209 Energien und Netto-Nullmissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese Ziele
 1210 sobald wie möglich erreichen.
- 1211 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“, werden
 1212 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz voranzubringen, die
 1213 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
 1214 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und halten die Tür
 1215 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
 1216 entscheiden.
- 1217 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den großen
 1218 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität, Energie,
 1219 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl oder
 1220 Zement ein.
- 1221 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
 1222 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler

1223 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert werden kann,
1224 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht.

1225 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht prognostiziert
1226 – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremsst fortschreitet. Wir müssen unsere
1227 humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die Klimakrise
1228 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen. Wir
1229 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der Klimakrise
1230 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren. Und wir
1231 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu können.

1232 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger französischer
1233 Außenminister

1234 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO₂.

1235 [3] <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>

1236 [4] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-)
1237 [f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-)

1238 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer Wahrscheinlichkeit
1239 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar 1,5° C
1240 Erderhitzung.